

Oft nicht attraktiv für Mädchen

Zum Kommentar „Mach Mint!“ von Inge Nowak (12. November):

Berufe wie Werkzeugmacher, Heizungsbauer, Maschinenschlosser, Bau-Elektriker, Kfz-Mechaniker, Maurer, Zimmermann, Gartenbauer sind Berufe mit körperlicher schwerer Arbeit und mit Schmutz, Staub sowie teilweise mit viel Lärm. Es gibt Kontakt mit Schadstoffen, man ist Hitze und Kälte ausgesetzt, häufig muss man abends und auch samstags arbeiten. Bei uns im Metallbereich machten nur sehr wenig Mädchen eine Ausbildung, und die wenigsten waren in der Lage, schwerere Arbeiten über längere Zeit auszuführen. Schmutz und Lärm waren für die meisten unannehm.

Ideal wären eigentlich eine gewerbliche Ausbildung und dann ein technisches Studium. So wüssten die Mädchen im Berufsleben, wovon sie reden, und haben nicht nur eine theoretische Ausbildung mit Praktika haben. Bei der Vergabe von Führungspositionen sollte der oder die Beste vorn sein. Da aber nach wie vor sehr wenig Frauen technische Berufe und Studien wählen, geht das bei einer Quote einfach nicht. Dies wird sich auch in Zukunft nicht erheblich ändern, aus oben beschriebenen Gründen.

Bernhard Hahn, Aidingen

Bevölkerung ein wichtiger Faktor

Zu der Haitzinger-Karikatur zur Weltbevölkerungskonferenz (13. November):

Vor einer Woche ging die UN-Weltbevölkerungskonferenz in Nairobi zu Ende. Außer der treffenden Haitzinger-Karikatur am 13. November „Bleibet fruchtlos und mehret Euch nicht mehr“ haben die StN darüber nicht sehr viel berichtet. Dabei ist das Thema Bevölkerungsexplosion gerade auch für die Klimaerwärmung von enormer Bedeutung. Anderen Medien entnahm ich, dass jeden Tag 230 000 Menschen dazukommen.

Alle wollen essen, heizen, viele auch Auto fahren und produzieren damit Klimagase. 1950 betrug die Weltbevölkerung noch drei Milliarden Menschen, heute schon sieben. Allein Afrika wird seine Bevölkerung bis 2050 verdoppeln. Mindestens genau so wichtig für das Weltklima, wie die CO₂-Reduzierung bei uns – über die so viel geschrieben wird – ist Geburtenkontrolle in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Walter Sautter, Sindelfingen

Klassenkampf ist falsche Reaktion

Zur Gewerkschaftsdemo und zum Bericht „Wut, Unverständnis und Enttäuschung“ (23./24. November):

Es freut mich, dass so viele Menschen aus dem produzierenden Gewerbe ihrer Wut Ausdruck verliehen haben und die Gewerkschaften so viele Menschen mobilisieren konnten. Die Krise, besonders in der deutschen Autoindustrie, ist eine Realität, das haben die Gewerkschafter deutlich gemacht. Ihre Reaktion führt aber auf einen Holzweg. Mit einer Art Klassenkampf zu reagieren ist falsch.

Der Klassenfeind wird seit einiger Zeit im Auftrag der Grünen von der Deutschen Umwelthilfe erfolgreich und wirksam bekämpft. Die Industrie wird so in ihrer Rolle als Arbeitgeber stark behindert. Die Grünen haben der Umwelthilfe zu Macht und irrsinnigen Privilegien verholfen. Da wäre es eher hilfreich, dass Industrie, Handwerk und Gewerkschaften versuchen, sich der Bedrohung gemeinsam zu erwehren.

Hartwig Schnabel, Stuttgart

Fakten gegen das Negativ-Klischee

Zum Bericht „Immer mehr Opfer häuslicher Gewalt“ (13. November):

Danke für den sauberen Journalismus, der auch bei häuslicher Gewalt alle Zahlen bringt und nicht nur halbe Wahrheiten. Es bleibt unbestritten, dass der weitaus größte Teil der Fälle von häuslicher und sexueller Gewalt von Männern ausgeht. Jedes Opfer unter den Frauen ist eines zu viel. Bemerkenswert ist aber auch, dass unter den 12 000 registrierten Fällen auch über 2000 sind, in denen Männer Opfer von Übergriffen wurden.

Dass solche Zahlen veröffentlicht werden, ist wichtig, weil das Klischee, dass alle Männer gewalttätig oder sexbesessen sind, nicht stimmt. Nimmt man bei Männern die Dunkelziffer hinzu, ist die Zahl weit höher. Welcher Mann geht schon freiwillig ins Krankenhaus oder zur Polizei und sagt: „Meine Frau hat mich geschlagen?“ Mir ist wichtig, dass der Gewaltanteil von rund 70 zu 30 Prozent der Wahrheit näher kommt als das Klischee von 90 zu 10 Prozent.

Pfarrer Volker Hommel, Steinheim/Mur

Liebe Leserinnen und Leser,

nach Berichten wie „Belastungen von Betriebsrentnern bleiben hoch“ (17. November) hagelt es weitere Kritik von Lesern an den Plänen der Regierung. Wenn auch Ihnen ein aktuelles Thema auf den Nägeln brennt, schreiben Sie mir bitte.

Ihre Wenke Böhm

Und so erreichen Sie mich:

TELEFON 07 11 / 72 05 - 12 81
FAX 07 11 / 72 05 - 71 19
E-MAIL leserpost@stuttgart-nachrichten.de
POSTANSCHRIFT StN, Postfach 10 44 52, 70039 Stuttgart

Generell freuen wir uns über jede sachliche Leserschrift. Aufgrund der Menge können wir jedoch nicht alle Briefe abdrucken. Auch ist es leider nicht möglich, nicht veröffentlichte Zuschriften zurückzuschicken. In jedem Fall behalten wir uns Kürzungen vor. Veröffentlichte Leserbriefe erscheinen unabhängig von der Meinung der Redaktion. Bitte teilen Sie uns Ihre vollständige Postanschrift mit.

Mit Privatvorsorge abkassiert

Leser beklagen Schieflagen und Ungerechtigkeiten bei der Rente

Mit Murks an Öffentlichkeit

Ein wichtiger Grundsatz der Sozialversicherung ist laut Karin Maag (CDU) angeblich, dass „Leistungsfähigere stärker beansprucht werden“. Das ist lächerlich. Die Finanzierung der gesetzlichen Sozialversicherung erfolgt über Beiträge, die sich mit einem einheitlichen Prozentsatz an der Höhe des Bruttoarbeitseinkommens bemessen. Die Beanspruchung von Leistungsfähigeren kommt aus dem Steuerrecht und hat mit den Prinzipien der Sozialversicherung nichts zu tun.

Im Übrigen stellt sich die Frage, wo laut Theorie von Frau Maag die Beanspruchung der tatsächlichen Besserverdiener in der Sozialversicherung bleibt, wenn deren Einkommen die Beitragsbemessungsgrenzen überschreiten. In diesen Fällen bleibt es beim Höchstbeitrag zum jeweiligen Versicherungszeitpunkt, unabhängig vom weiteren Einkommen. Jahrzehntlang auf den Aufbau einer zusätzlichen Alterssicherung vertrauen und am Schluss dann die doppelte Zeche – entgegen allen Sozialversicherungsprinzipien – zahlen dürfen: Das ist die Situation der Betriebsrentner.

Die Frage darf erlaubt sein, wie viel Inkompetenz denn als Voraussetzung nötig ist, um solche politischen Entscheidungen zu treffen und mit diesem Murks auch noch in der Öffentlichkeit aufzutreten?

Karlheinz Spitznagel, Stuttgart

Unermesslicher Schaden

„Wir wollen das Vertrauen in die betriebliche Altersvorsorge stärken“, hatte Jens Spahn (CDU) zu seinem Entwurf erklärt. Wer fürs Alter vorsorge, dürfe nicht „der Gekniffene“ sein. Das ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten: 159 Euro Freibetrag ist blanker Hohn. Die Bürger werden durch den § 229 um Milliarden aufs Übelste „beraubt“. Man hat das Gefühl: „Wer vorsorgt, wird geschöpft.“ Bürger fühlen sich abgezoht.

Vor 2004 galt der Vertrauensschutz, auch der Sozialgesetzgebung konnte man auf Treu und Glauben vertrauen. Über sieben Millionen Bürger entschlossen sich, eine eigenfinanzierte Direktversicherung abzuschließen. Jeder war bemüht, fürs Alter vorzusorgen. Dann brachte Rot-Grün mit Unterstützung der CDU/CSU das „Raubrittergesetz“ (§ 229) heraus, wobei rückwirkend bei der Auszahlung der Direktversicherung zum zweiten Mal Krankenversicherung (KV) und Pflegeversicherung (PV) abbaskiert wurde.

Ab 2004 mussten die Direktversicherten die vollen KV- und PV-Beiträge von 19 Prozent bei der Auszahlung selbst tragen, obwohl bereits in der Einzahlungsphase bezahlt wurde. Das galt sogar für Altverträge vor 2004, die KV-befreit waren. Eine einmalige Vertragsbeugung durch das Bundesverfassungsgericht. Viele Direktversicherte wissen nichts von diesem Unrecht. Die rot-grüne Regierung plädierte vor 2004 fast täglich für die private Vorsorge, um Altersarmut zu vermeiden, um dann danach abzukassieren. Künftige Generationen können der SPD, CDU/CSU und den Grünen nicht mehr trauen, sie haben Volkswirtschaft und Bürgern einen unermesslichen Schaden zugefügt. Eine nachträgliche Änderung eines bestehenden Vertrages ist meines Erachtens ein Rechtsverstoß.

Ich bin Mitglied des Vereins der Direktversicherungsbeschädigten (DVG). Wir kämpfen seit Jahren gegen dieses Unrecht. Für uns ist die Entscheidung der Groko ein bitterer Schlag ins Gesicht. Wieder ein Fall, der Vertrauen in Politik, Staat und Gesetzgebung massiv erschüttert.

Rolf Gräter, Neckartenzlingen

Pfui Teufel, Deutschland!

Der größte Witz ist, dass Rentner überhaupt Steuern zahlen müssen, von ihrer spärlichen Rente. Da rühmen sich unsere Politiker noch, wenn sie den Rentnern eine Erhöhung um rund drei Prozent geben, aber hintenrum nehmen sie es uns doppelt wieder weg. Für wie dumme halten die Politiker uns Rentner überhaupt? Denken sie, dass bei allen Rentnern schon die Altersdemenz eingesetzt hat? Also wenn ich früher gewusst hätte, wie es heute in unserem



Rentensystem aussieht, dann wäre ich Beamter geworden. Dann könnte ich mich jetzt mit einer tollen Pension in der sozialen Hängematte sonnen und den Herrgott einen guten Mann sein lassen. Es kann doch nicht sein, dass Millionen Menschen, die ihr Leben lang für einen Hungerlohn gearbeitet haben, im Alter zur Tafel gehen müssen, um ein halbwegs menschenwürdiges Leben führen zu können. Dazu kann ich nur sagen: Pfui Teufel, Germany!
Jürgen Schmalzried, Marbach/Neckar

„Wenn ich das gewusst hätte, wäre ich Beamter geworden.“

Leser
Jürgen Schmalzried
Marbach/Neckar

Affront gegen Ehefrauen

Beim Vorschlag der Regierung zur Grundrente bleibt einem als Betroffene ganz die Spucke weg. Seit ich 17 Jahre alt bin, arbeite ich fünf Tage die Woche, erhalte aber schon immer ein niedriges Gehalt. Bis ich 67 Jahre bin, werde ich fast 50 Jahre Rentenbeitrag gezahlt haben, und zwar tatsächlich immer Beitrag gezahlt, ohne Ersatzzeiten. Und dann erhalte ich nicht einmal die Grundrente, weil ich verheiratet bin und wir dann zusammen über 2000 Euro Rente haben werden.

Das wird bei einer großen Mehrheit der verheirateten Frauen der Fall sein. Unsere zu erwartende Rente werden wir eh schon – wie sehr viele – von unserem gesparten Ver-

mögen aufstocken müssen. Die Mieten werden sicher nicht sinken. Soll ich mich jetzt scheiden lassen? Und demnächst, also 15 Jahre früher, aufhören zu arbeiten? Weil ich dann genau so viel Rente oder mehr erhalte? Was ist das für eine Familienpolitik, wenn verheiratete, berufstätige Frauen so massiv benachteiligt werden? Wenn überhaupt eine Bedürftigkeitsprüfung, dann ja wohl ab einem gemeinsamen monatlichen Einkommen von deutlich über 3000 Euro. Das reicht dann wenigstens aus für zwei Personen gut zum Leben. Sollte das Gesetz mit der Bedürftigkeitsprüfung bei 1950 Euro wirklich kommen, fordere ich alle Wähler auf, die Parteien dieser Regierung nie mehr zu wählen. Das wäre wirklich ein Affront gegen verheiratete Frauen.
Brigitte Peter, Reutlingen

Auf die Richter hoffen

Olaf Scholz beweist wieder einmal, die Roten können nicht mit Geld umgehen. Zur Einführung der CO₂-Steuer will Scholz noch die Finanztransaktionssteuer als weitere Steuer vom altersvorsorgenden Sparer verlangen und obendrauf satteln. Und das in einer Zeit, in der der Fiskus im Geld schwimmt wie noch nie. Eine Fehlinvestition jagt die andere. Milliarden werden bei der Bahn verbrannt. Mit der fragwürdigen Grundrente versucht die dahinsiechende SPD Wählerstimmen zu kaufen, um ihren Weg in die völlige Bedeutungslosigkeit abzuwenden. So soll das Verhältnis von fleißiger Ameise und bequemer Grille auf den Kopf gestellt werden. Der Fleißige und Strebsame soll dem Müßiggänger eine Altersversorgung erarbeiten. Das nennt man staatlich sanktionierte Ausbeutung. Um dies alles noch zu verhindern, müssen wir Steuerzahler auf die höchststrichterliche Entscheidung hoffen, den Soli und die Grundrente in der jetzigen Form aufzuheben.
Erhard Krause, Stuttgart

Ein Partikelfilter für Kerzen?

Zum Bericht „Wie umweltfreundlich sind Kerzen?“ (19. November):

Bei dem Hinweis, dass es am umweltfreundlichsten sei, auf Kerzen zu verzichten, erinnere ich mich an den Aufsatz aus dem Fachmagazin für Kerzenfreunde „Die Kerze - Feuer & Flamme“. „Professor Dr. T. Licht“ schreibt dort über den „neuen Rußpartikelfilter“ für Kerzen.

Ich zitiere: „Im Hinblick auf die – in den kommenden Wochen stark zunehmende – Belastung durch Kerzenruß und dem daraus resultierendem Feinstaubanstieg wurde in unserem Institut für Kerzenkunde der erste Partikelfilter für Kerzen entwickelt. Unser Augenmerk lag hierbei auf der Nachrüstbarkeit des Filters für Kerzen, die in einer hohen Schadstoffklasse angesiedelt sind. Insbesondere sind dabei die älteren Modelle zu nennen, die noch in großen Mengen in Weihnachts- und Geburtstagskisten lagern. Aber auch die schweren, langen und dicken Luxus-Kerzen mit großem Dochtdurchmesser und extrem schlechter Ökobilanz, stoßen im Verhältnis viel Ruß aus.“

Christoph Schneckenachner, Stuttgart

Anderes ist wichtiger

Wenn ich diesen und täglich ähnliche Artikel über Verpackungsmüll, Plastikmüll, Ernährung und so weiter lese, dann glaube ich, dass Presse und Politik langsam nicht mehr alle Tassen im Schrank haben. Kann man sich im Zusammenhang mit Umweltschutz nicht um wesentlich wichtigere Seiten dieser Problematik kümmern? Lassen Sie doch öfter Ihren Redakteur Rainer Wehaus ran, der redet wenigstens wirklich noch zur Sache.

Rolf Nowack, Leonberg

Nur eine radikale Minderheit

Zum Lokalderby VfB gegen KSC und zum Bericht „Polizei setzt 500 Karlsruher Fans vor dem Stadion fest“ (25. November):

Ein Fußballspiel als Hochrisikospiegel zu bezeichnen ist falsch. Risikoreich sind nicht das Spiel und dessen Akteure, sondern eine radikale Minderheit der Besucher in den Stadien, die sich als Fans bezeichnen. Und für die Sicherheit vom Rest im öffentlichen Raum, also der 99,5 Prozent Besucher vor und in dem Stadion – ist nun mal die Polizei zuständig.

Die hat schon im Vorfeld des Spiels VfB gegen den KSC bekannt gegeben, keinerlei Ausschreitungen zuzulassen, etwa das Abtrennen von Pyrotechnik zu unterbinden. Bei dem darauf erfolgten „Festsetzen“ der rund 500 Personen kann es schon mal passieren, dass sich darunter auch Menschen befanden, die mit der Randalie rein gar nichts zu tun hatten. Ich hoffe, dass die Kosten für den Polizeieinsatz in Rechnung gestellt werden, auch wenn es Innenminister Strobil und vielen Fußballbegeisterten nicht passt. Es sind nämlich unser aller Steuergelder!
Jürgen Koop, Weissach in Tal

Nicht nur Beruf, sondern Berufung

Zum Bericht „Tausende Polizisten im Land haben Nebenjob“ (22. November):

Ständig rühmen sich Politiker, wie großartig und sozial unser demokratisches Deutschland sei. Frau Merckels redundantes Wort „miteinander“ ist nur ein Beispiel. Tatsächlich sind aber seit Jahrzehnten manche Berufe finanziell vernachlässigt worden, die für die Erhaltung eines sozialen und rechtsstaatlichen Gefüges notwendig sind. Es ist eine Schande, wenn Ordnungshüter nicht standesgemäß entlohnt werden. Wer will schon in unserer egoistischen Gesellschaft sein Leben für andere riskieren? Man muss Mut dazu haben. Polizist sein ist demnach nicht nur ein Beruf, sondern gewissermaßen auch eine Berufung.
Toni Basilio, Filderstadt

Zusammenhänge aufgezeigt

Zu Israel und zu „Eine Chance“ von Franz Feyder (13. November):

Herr Feyder benennt und erklärt auf seine klare Art im Kommentar Zusammenhänge, die man sonst selten liest. Danke dafür! Die Zusammenhänge zwischen Terrorismus gegen Israel, dem Iran und der deutschen Außenpolitik sind hoffentlich bis ins Außenministerium zu hören. Aber die Hoffnung ist wohl leider verloren, solange unser Außenminister einen Preis für Verständigung und Toleranz im jüdischen Museum entgegennimmt, während am selben Abend unser UN-Botschafter bei der UN-Generalversammlung Resolutionen zustimmt, die gegen Israel gerichtet sind.
Dorothea Schlegel, Kernen